



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/19 - 23.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Wehrbeitrag und deutsche Wiedervereinigung	S. 1
Wer regiert Japan?	S. 3
Politisch instinktlose Bürokratie	S. 4
USA-Presse falsch unterrichtet	S. 6

## Deutschland Objekt militärstrategischer Pläne

Von einem diplomatischen Mitarbeiter

Die politische Lage Nachkriegsdeutschlands ist durch so vielschichtige Probleme gekennzeichnet, daß diejenigen ein leichtes Spiel haben, die über die demagogische Kraft einfacher Beschwörungsformeln verfügen. Selbst klare, demokratische Thesen gehen, wenn es darauf ankommt, in einem ideologischen Nebel unter, der weder den Vorzug hat, deutscher Herkunft zu sein, noch dem deutschen Interesse zu nutzen.

Für oder gegen Europa, lautet die Formel der Bundesregierung beim Schuman-Plan, und wir sind gewiß, daß sie das Problem des deutschen Verteidigungsbeitrags morgen in ebenso freivierischer Weise vereinfachen wird. Es läßt sich auch voraussehen, daß sie wie damals kein noch so überzeugendes Argument gelten lassen wird, weil für sie die Dinge längst entschieden sind. Nicht minder gewiß ist aber, daß die SPD nicht darauf verzichten kann, das Volk mit allen Gegengründen bekannt zu machen. Ja, diese Aufgabe ist im Falle der Aufrüstung noch ungleich größer, weil für die Zukunft erheblich mehr davon abhängt. Aus der Verpflichtung, zu sagen, was ist, folgt notwendig die Bewachung der Faktoren, von denen in erster Linie die Zukunft unseres Volkes abhängt.

Das sind nach überdeutlichender Ansicht die vier

Besatzungsmächte, die mit der bedingungslosen Kapitulation die höchste Gewalt übernahmen und sich im Potsdamer Abkommen verpflichteten, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Es herrscht weiter Einmütigkeit darüber, daß die vier Mächte aus dieser Verpflichtung nicht entlassen werden dürfen. Aus diesem Grunde ist der Generalvertrag so angelegt, daß er den Westmächten den Weg nach Potsdam offen läßt, und die Bundesregierung hat dies als im deutschen Interesse liegend anerkannt. Die Bundesrepublik tritt zu Recht mit dem Anspruch auf, für ganz Deutschland zu sprechen, aber sie darf nach sozialdemokratischer Auffassung keinen Schritt tun, der aus dem Provisorium ein Definitivum macht.

Carlo Schmid hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es in unserer Lage darauf ankomme, die außenpolitischen Chancen der Selbstbehauptung zu steigern und darauf, daß man sich in das richtige Verhältnis zu den Faktoren setzt, die dafür mitbestimmend sind. Er betonte, daß wir uns für die politischen und humanen Werte entschieden haben, die heute leider nur im Westen noch eine Heimat haben, dies aber nicht eine Entscheidung für amerikanische, britische oder französische Politik schlechthin bedeute. Die Trennungslinie, die hier verläuft, ist das eigentliche Dilemma unserer politischen Situation, wenn wir zum Verteidigungsbeitrag Stellung nehmen sollen. Es ist das Problem, ob unsere provisorische Staatlichkeit, juristisch kaum zu definierender Art, die den Anspruch auf deutsche Wiedervereinigung nicht nur konservieren, sondern aus dem Unhaltbaren des Provisorischen gerade den weltpolitischen Zwang für die Vereinigung ableiten will, Bindungen eingehen kann, die seine Handlungsfreiheit lähmen müssen.

Der Parteivorstand der SPD hat vor einiger Zeit bereits erklärt, nur ein Deutschland, dessen rechtlicher und politischer Status normalisiert sei, sei in der Lage, in freier Entscheidung Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die das Schicksal Deutschlands auf Generationen hin bestimmen. Diese Normalisierung wird auch durch den Generalvertrag nicht erreicht, denn die Bundesrepublik bleibt bei größter Handlungsfreiheit Objekt der Politik der drei Westmächte. In der Erklärung vom vergangenen Wochenende wird

wiederum betont, daß die Koppelung von Verteidigungsbeitrag und dem vertraglichen Auflagensystem mit der Freiheit der Entscheidung unvereinbar sei. Sie berge vielmehr die Gefahr in sich, daß Deutschland das Objekt militärstrategischer Pläne anderer Mächte werde. Wenn es dazu noch hieß, daß unter solchen Voraussetzungen ein militärischer Beitrag überhaupt abzulehnen sei, so ist die Situation klar.

Nun läßt sich voraussehen, daß die plumpe Alternative des Übertrenntwerdens und die Unterstellung des "Neutralismus" die einzigen Argumente sein werden, die man uns entgegenstellt. Daß sich einige Amerikaner eine größere Freiheit des Denkens bewahrt haben, als gewisse Anhänger der amerikanischen Politik in Deutschland, machte Walter Lippmann mit der Ansicht deutlich, daß weder die friedliche Befreiung Österreichs noch die Wiedervereinigung Deutschlands möglich erscheine, wenn die Sowjetunion gewiß sein müßte, daß beide Staaten in die unter dem USA-Kommando stehende antisowjetische Militär-Allianz einbezogen würden. Man kann, sagt Lippmann, von den Russen nicht erwarten, Österreich den Österreichern und Ostdeutschland den Deutschen zu überlassen, wenn das bedeutet, daß das von ihnen geräumte Gebiet in das militärische System der NATO eingliedert wird. Die USA müßten vielmehr, wenn der Tag der Verständigung komme, in der Lage sein, den Russen Garantien ihrer Sicherheit in Bezug auf ein europäisches System anzubieten.

Die Beziehung zwischen europäischer Verteidigungsgemeinschaft und Atlantikpakt-Organisation geht in der Tat so weit, daß die Europa-Armee nur einen Teil der atlantischen Verteidigungstreitkräfte bildet. Unter diesem Aspekt läßt sich ermesen, was der für später in Aussicht gestellte direkte Beitritt der Bundesrepublik zur atlantischen Organisation für Rückwirkungen auf die Bemühungen zur deutschen Wiedervereinigung haben muß. Wieweit der Mittelweg, den Lippmann im Auge hat, gangbar ist, die Atlantikpakt-Organisation ganz Europa garantieren zu lassen, ohne daß ganz Europa der NATO angehören sollte, könnte oder müßte, ist eine offene Frage.

Yoshida mußte nachgeben

2. Es gibt eine ganze Reihe triftiger Gründe, warum die Deutschen die Entwicklung in Japan aufmerksam verfolgen sollten. Obwohl Japan den Amerikanern den Kriegsgrund geliefert hat und für die Masse des amerikanischen Volkes der Feind Nummer eins war, ist ihm nach der Kapitulation eine wesentlich günstigere Behandlung zuteil geworden als Deutschland. Es hat nicht fünf Herren, sondern nur einen bekommen, und dieser eine Sieger hat relativ schnell begriffen, daß ihm der Besiegte einmal nützlich werden könne. Das japanische Imperium ist zwar fürchterlich zugerichtet, der Heimatboden aber intakt gelassen worden.

Mit einigem Kopfschütteln hat die Welt miterlebt, welche bewundernswürdigen Tugenden der amerikanische Herr an den japanischen Volk wider Erwarten zu entdecken verstand. Bis zum "Arsenal der Demokratie" war dann nur noch ein Schritt. Die große, wohl vorbereitete Konferenz in San Francisco über den japanischen Friedensvertrag brachte diese für Japan erfreuliche Entwicklung zu einem vorläufigen Abschluß, den 1945 niemand zu erträumen gewagt hatte.

Die japanische Hoffnung, dafür mit dem Verlust alles außerjapanischen Besitzes, auch jener Gebiete, die mit dem zweiten Weltkrieg nichts zu tun hatten, ausreichend bezahlt zu haben, hat sich in diesen Tagen als trügerisch erwiesen. Es ist klargeworden durch ein harmlos anmutendes und ebenso harmlos formuliertes Schreiben des konservativen Premiers Yoshida an den amerikanischen Sonderbotschafter Dulles. Darin heißt es, Japan beabsichtige, mit dem verflochtenen chinesischen Regime Tschiang Kai-scheks, das auf der Insel Formosa eine von den Amerikanern geschützte Zuflucht gefunden hat, einen Vertrag abzuschließen.

Man liegt es auf der Hand, daß Tschiang Kai-schek in japanischen Augen völlig belanglos geworden ist. Kein Japaner, der seiner fünf Sinne mächtig ist, könnte auf den abwegigen Gedanken kommen, mit ihm einen Vertrag schließen zu wollen und damit einen Schritt zu tun, der Tokio den für Japan lebensnotwendigen Weg zum Herrn des chinesischen Festlandes erschwert, wenn nicht sogar verbaut.

Yoshida ist ein viel zu kluger Mann, als daß er nicht genau dieses Verhängnis sähe. Aber er ist nicht stark genug gewesen, es abzuwehren. Das mächtige Amerika hat seinen Willen durchgesetzt. Yoshida wußte auch, daß die Mehrheit des japanischen Volkes gegen einen Vertrag mit Tschiang Kai-schek ist. Es hat alles nichts genutzt, Er hat nachgegeben.

Das britische Foreign Office hat scharf reagiert. Die diplomatische Sprache, in der die Kritik an dem amerikanischen Vorgehen geäußert worden ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erregung in London groß ist. Es ist kaum ein Zweifel möglich, daß innen- und außenpolitisch der Schritt Yoshidas Japan teuer zu stehen kommen wird. Die Frage, wer trotz aller Zusagen und Beteuerungen Japan regiert, hätte kaum nachdrücklicher beantwortet werden können als dadurch, daß man das Land zu einem Vertrag zwang, der allen seinen Interessen widerspricht. Für die Welt ist nicht minder wichtig, daß aus weitgehend innenpolitischen Bedürfnissen Amerikas Tokio zu einem Schritt veranlaßt worden ist, der die immer bedrohlicher werdende Entwicklung in Asien nur verschlimmern kann.

+ + +

#### Unglaubliche Leichtfertigkeit einer Bundesbehörde

(sp) Es ist noch gar nicht so lange her, seit die westdeutsche Öffentlichkeit Grund hatte, sich über ein westdeutsches Bergamt zu empören, das Stellungsuchende mit der Bemerkung abwies, die Sowjetzonenbehörden brauchten laufend Arbeitskräfte. Den Hinweis, daß diese Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau gesucht würden, glaubte man sich sparen zu können. Politische Leichtfertigkeit und Naivität sind auch bei Behörden der Bundesrepublik in einem unglaublichen Ausmaß anzutreffen.

Da gratuliert das Postscheckamt Karlsruhe dem Zentralvorstand der IG "Post und Fernmeldewesen" in der Sowjetzone zum Jahreswechsel und wünscht ihm ein glückliches und "erfolgreiches" Neues Jahr; derselben SED-Gewerkschaft, die beim Abschluß der Kollektivverträge eine für die sowjetzonalen Postkollegen verhängnisvolle Rolle spielte. Kann man sich die politische Auswirkung dieser Gratulation bei den Widerstand leistenden Mitgliedern dieser Gewerkschaft ausmalen?

Dieser Vorgang ist noch harmlos, gemessen an einem Briefwechsel, den diesmal die Oberfinanzdirektion Düsseldorf zu verantworten hat. Auf Briefbogen, die den Kopf dieser Behörde tragen, korrespondiert man mit einem Zollinspektor in der Sowjetzone über seine Wiedereinstellung in Düsseldorf - als ob es keinen SSD gäbe, der die Briefe aus der Bundesrepublik, die verdächtig erscheinen, überprüft und die Personen, auf die ein Verdacht fällt, überwacht.

Im Brief vom 22.10.1951 liest man:

"Ich berufe Sie zur Dienstleistung in meinen Bezirk ein und bitte Sie, sich baldmöglichst bei meiner Dienststelle in Düsseldorf, Hartkortstr. 2-4 (Hansahaus) Zimmer 113 zum Dienstantritt zu melden. Sie werden vorerst als Zollinspektor auf Widerruf beschäftigt. Ihre Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist vorgesehen. Bei Ihrem Dienstantritt bitte ich sämtliche in Ihrem Besitz befindlichen Personalunterlagen und einen Entnazifizierungsscheid vorzulegen. Wenn Sie meiner Einberufung nicht sofort Folge leisten können, bitte ich um möglichst umgehende Nachricht, wann Sie den Dienst antreten können. Eine Zuzugsgenehmigung des Oberstadtdirektors in Remscheid füge ich bei".

In einem weiteren Schreiben vom 16. November heißt es:

"Ich bin einverstanden, daß Sie ihren Dienst in der ersten Januarwoche 1952 antreten".

Über die Gefährdung des Zollinspektors in der Sowjetzone hinaus hat der Vorfall auch seine politische Bedeutung. Man macht es den Ostzonenmachthabern bei ihren Infiltrationsabsichten sehr leicht, wenn Personen aus der Sowjetzone eingestellt werden, ohne ihre politische Zuverlässigkeit ernsthaft zu überprüfen. Wer gibt der Oberfinanzdirektion die Gewähr, daß der Zollinspektor nicht gezwungen wurde diese Stelle anzunehmen, um für seine Erpresser zu arbeiten? Persönliche Beurteilungen aus der Vergangenheit haben sich in ähnlichen Fällen als unzureichend erwiesen.

Die Oberfinanzdirektion Düsseldorf sollte nicht erwidern, daß man einen Beweis der gesamtdeutschen Hilfsbereitschaft geben wollte. Dazu hätte sie auch einen der politischen Sowjetzonenflüchtlinge oder einen ... Heimkehrer einstellen können, die bei fachlicher Qualifikation heute irgendwo arbeitslos herumsitzen.

Die Naivität vieler Behörden stellt eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik dar, sowohl für die innere, als für die äußere.

Best. man muß sich davor hüten, in das andere Extrem einer Spionehysterie zu verfallen. Aber die Zeit sollte vorbei sein, da sich Vorfälle dieser Art als bloße "Schlafmützigkeit" abtun ließen.

Die Wahrheit auf den Kopf gestellt

H.P. Die deutschen Journalisten hören oft von ihren ausländischen Kollegen, wie unreif und oberflächlich sie eigentlich seien. Aus vielen Abhandlungen über dieses Thema kann man sich vorstellen, wie die erfahrenen, ehrwürdigen ausländischen Pressekorrespondenten den deutschen Schreiberlingen mit der Hand auf die Schulter klopfen und mit mitleidigem Lächeln das deutsche Niveau beklagen. Gewiß, das Niveau ist nicht immer erhehend, doch auch der Nimbus der großen Auslandskorrespondenten kann oft sehr schnell zu Schaden kommen. Hier einige Beispiele aus den letzten Tagen.

Da ist die bekannte Leitartiklerin der "New York Times", Mrs. Anne O'Hare McCormick, zu Besuch nach Deutschland gekommen. Ihre Anwesenheit in Bonn fiel mit der Schumanplan-Debatte zusammen. Sie schreibt einen begeisterten Bericht über den Erfolg Dr. Adenauers. Nun, das ist ihr gutes Recht. Doch schilderte sie Einzelheiten, die niemand anders bemerkt hat. Sie weiß zu berichten, das Abstimmungsergebnis für die Ratifizierung "würde noch größer gewesen sein, wenn die 16 Sozialisten, die nicht abgestimmt haben, und eine Anzahl solcher, die aus Parteiloyalität mit Nein gestimmt haben, sich freige fühlt hätten, ihre wirklichen Gefühle auszudrücken".

Es wäre anhand des Protokolls sehr leicht festzustellen gewesen, daß abgesehen von fünf bis sechs als krank entschuldigte Abgeordnete der SPD, die gesamte Sozialdemokratische Fraktion mit Nein gestimmt hat. Außerdem wurde namentlich abgestimmt. Da die SPD-Fraktion auf den Fraktionszwang verzichtet hatte, kann man den zweiten Teil der Bemerkung nur als Wunschtraum bezeichnen.

Zwei Tage später (16.1.) behauptet Mrs. McCormick, daß "die Sozialdemokraten - nach den Erklärungen Ollenhauers - nicht abseits stehen, und dem Plan zum Erfolg verhelfen" wollen. Jeder, der nur ein wenig den Gang der Ereignisse verfolgt hat, weiß, daß dem nicht so ist. Wir kennen die Informationsquellen dieser Dame nicht. Die Vermutung liegt nahe, daß sie bei ihrem Besuch auf Einflüsterungen hereingefallen ist, die eine so geschulte und weltbekannte Journalistin nicht ungeprüft der Weltöffentlichkeit unterbreiten sollte.

Auch Mr. Russell Hill von der "New York Herald Tribune", hat sich einen schönen Schnitzer geleistet. Die ganze Welt weiß seit langem, daß die SPD die Verkopplung des Verteidigungsbeitrages mit dem Generalvertrag, der das Besatzungsstatut ablösen soll, aufs schärfste bekämpft. Die letzte Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses hat dies soeben in einer Resolution noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht. Und was berichtet Mr. Hill? Genau das Gegenteil. Hören wir: "Die sozialistische Resolution sagt, daß Westdeutschlands Verteidigungsbindungen mit der Ablösung des Besatzungsregimes verknüpft werden sollten, (wie es auch in dem Zusatzabkommen der Fall ist, über das zwischen der Regierung und den westlichen Alliierten verhandelt wird)". Wie aus dem letzten Teil des Satzes hervorgeht, ist dies also kein Druckfehler.

Man kann nur wünschen, daß auch die eminenten ausländischen Journalisten die Sprache des Landes lernen würden, um solche Mißgriffe zu vermeiden. Sehr zu empfehlen wäre es auch, nicht nur den offiziellen Informationen (der Regierung und Hohen Kommission) Gehör zu schenken, wenn es um Dinge geht, die man bei der Opposition authentischer erfahren kann. Schließlich würde eine derartige Methode der Nachrichtenbeschaffung, die Objektivität und Richtigkeit der Berichterstattung sehr erleichtern.

+ + +

#### Kleiner Fragebogen

(sp) Der amerikanische Hochkommissar hat sich in Freiburg, aufgrund einer Meinungsumfrage seiner Dienststelle, über die politische Apathie der Deutschen beklagt. 13 % hätten erklärt, sie würden eine neue nationalsozialistische Partei unterstützen, 20% gesagt, sie würden sie mit allen Mitteln bekämpfen, 67% hätten sich gegenüber dieser Frage gleichgültig gezeigt.

Wieviele davon wieder von der Befragung durch diese Stelle nichts halten, wird nicht angegeben. Die Frage schließlich, wieviel von dieser Gleichgültigkeit auf die psychologisch so ungemein geschickte und konsequente Politik der Besatzungsmächte in den letzten zwei Jahren zurückzuführen ist, wurde offenbar gar nicht gestellt.

Verantwortlich: Peter Bauman